

Keine Alternative für Deutschland

(Beschluss des Landesvorstandes am 10. März 2015)

Die Wahlerfolge der AfD bei den zurückliegenden Landtagswahlen und der Europawahl, Erscheinungen wie PEGIDA und ihre Ableger und Nacheiferer – insbesondere im Osten Deutschlands – zwingen uns in neuer Art und Weise zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Rassismus und Nationalismus. Flankiert von „Anwohnerinitiativen“ gegen geplante Asylunterkünfte, rassistischer und ressentimentgeladener Mobilisierung gegen Flüchtlinge und Zuwandernde sowie einer erneut angefachten Debatte über die Begrenzung von Zuwanderung werden politische Konzepte der Ungleichheit, Ausgrenzung und Hierarchisierung der Gesellschaft medienwirksam und effektiv in Stellung gebracht. Das durchzieht sämtliche Felder gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung, vor allem die Einwanderungspolitik, aber auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Konzepte sowie die Konzepte der Familien-, Sozial- und Bildungspolitik.

Auf der einen Seite versucht sich die AfD, von allzu eindeutigen Nazis und ihrer Ideologie abzugrenzen, auf der anderen Seite geriert sie sich als Sammelbecken national-konservativer, christlich-fundamentalistischer, marktradikal-liberaler, demokratieverdrossener, diffus „von denen da oben“ enttäuschter Strömungen. Sie ist in ihrem Selbstverständnis und in ihrer öffentlichen Wahrnehmung eine oppositionelle Kraft gegen den politischen Mainstream aller etablierten Parteien. Das verbindet die AfD mit Erscheinungen wie PEGIDA, Montagsmahnwachen oder dem sogenannten Friedenswinter. DIE LINKE kann aus der Protestattitüde nicht schlussfolgern, auf der gleichen Seite zu stehen – Unzufriedenheit ist per se keine linke Haltung – auch wenn ein organisatorisches Zentrum der Proteste und die hohen Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland verortet sind.

In allen wesentlichen Feldern vertreten AfD und DIE LINKE diametral entgegenstehende Konzepte – auch bei, oberflächlich betrachtet, ähnlich klingenden Positionierungen in der Europa- und Bürgerbeteiligungspolitik. Das ist spätestens dann deutlich erkennbar, wenn die AfD gesellschaftlichen Konflikten latent rassistisch, mit dem Argument des „Rechts des Stärkeren“ sowie der angeblichen Normalität von Ungleichheit und Konkurrenz begegnet, während DIE LINKE für internationale und soziale Solidarität, Kooperation sowie die Herstellung materieller Gleichheit auf humanistischer Basis steht.

Die Liberalisierung von Geschlechterrollen empfinden wir nicht als bedrohlich, sondern als Ableitung eines Menschenbildes, das die Würde des Einzelnen zum Maßstab gesellschaftlichen Handelns macht. Die Euro-Rettungspolitik sollte unserer Meinung nach nicht nur die Sicherheit deutscher Sparbücher, sondern auch die gesundheitliche Versorgung der Griechinnen und Griechen gewährleisten. Flüchtlinge sind für uns nicht die Stichwortgeber zur Verstärkung nationaler Abschottung, sondern zur Diskussion über die weltweite Aufteilung von Wohlstand und Entwicklungsperspektiven.

DIE LINKE muss Stellung beziehen, und zwar nicht nur unter den Aspekten Wählerwanderungen zur AfD und erfolgreiche Ansprache bisheriger Nichtwählerinnen und Nichtwähler durch die AfD. Es geht auch und vor allem um gesellschaftliche Hegemonie, um die Offenheit der Gesellschaft, um die Verteidigung und den Ausbau demokratischer und sozialer Werte und Rechte. Das heißt zum einen, eigene Positionen zu schärfen – zum Beispiel in Fragen der Zuwanderungs-, Flüchtlings- oder Europapolitik. Es geht um gesellschaftliche Mehrheiten für eine

emanzipatorische Politik und überzeugende, glaubwürdige Alternativen zum politischen Konzept der Exklusion. Zum anderen zwingen uns die Präsenz der AfD in kommunalen Parlamenten und Demonstrationen wie MAGIDA zum konkreten Verhalten vor Ort.

Den Wettbewerb um Wähler/-innenstimmen wollen wir nicht mit einer Veränderung oder Abschwächung unserer zuwanderungs- und flüchtlingspolitischen Positionen gewinnen. Vielmehr suchen wir aktiv nach Lösungen für kommunalpolitische Herausforderungen. Das beginnt bei Unterbringungs- und Betreuungskonzeptionen vor Ort und endet noch lange nicht bei der Suche nach Partnern für eine gelebte Willkommenskultur. Eine Bewertung der Zulässigkeit von Migration anhand ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit ist mit uns nicht zu machen. DIE LINKE tritt für eine offene Gesellschaft ein und beteiligt sich aktiv an Protesten gegen nationalistische und rassistische Mobilisierungen.

Unsere Auseinandersetzung mit der AfD beinhaltet immer eine klare Abgrenzung von ihrem Politikkonzept, ihren Forderungen und ihrer Programmatik. Das dahinter stehende Menschenbild ist mit den Überzeugungen der LINKEN unvereinbar. Eine Zusammenarbeit – auch auf kommunalpolitischen Ebenen – kann es deshalb nicht geben.

Dies bedeutet konkret Folgendes:

1. DIE LINKE wird kommunalpolitisch keine gemeinsame Fraktion mit kommunalen Mandatsträgerinnen der AfD bilden. Die Beteiligung von Mandatsträgern der AfD an Fraktionen der LINKEN oder umgekehrt ist mit den Grundsätzen der LINKEN unvereinbar und stellt einen schweren Verstoß im Sinne der Bundessatzung der Partei dar.
2. DIE LINKE wird kommunalpolitisch weder zur Wahl von Kandidatinnen und Kandidaten der AfD für Ämter kommunaler Wahlbeamter noch zur Bestellung in kommunale Ehrenämter aufrufen oder diese unterstützen.
3. DIE LINKE wird keine kommunalpolitischen Absprachen mit AfD-Mandatsträgerinnen zur Erlangung von satzungsvorgeschriebenen Ehrenämtern (Aufsichtsräten, Ausschussvorsitzende, Mitglieder kommunaler Gremien und Zweckverbände o.ä.) führen. Linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden AfD-Mandatsträgern bei Abstimmungen nicht zu Mehrheiten für eine durch kommunale Satzungen vorgeschriebene Besetzung von Ehrenämtern verhelfen.
4. DIE LINKE wird auch in wirtschafts-, finanz-, haushalts-, familien- und sozialpolitischen Fragen in kommunalpolitischen Debatten auf die Aspekte internationaler Solidarität, sozialer und demokratischer Gleichheit verweisen, sich intensiv gegen eine nationalistische Beschreibung gesellschaftlicher Konflikte stellen und alle Anträge der AfD auf diesen Bezug hin prüfen. DIE LINKE wird gegebenenfalls durch Alternativanträge diese Differenz deutlich machen. Kommunalpolitikerinnen und -politiker der LINKEN werden Anträgen der AfD nur dann zustimmen, wenn es unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte zu keinen politischen Fehldeutungen kommen kann oder die Zustimmung aufgrund kommunalpolitischer rechtlicher Vorgaben oder im Beschlussverfahren unabweisbar geboten ist. Dies ist in gegebenem Fall auch in geeigneter Weise (Protokollerklärungen) deutlich zu machen.
5. DIE LINKE wird an kommunalpolitischen thematischen oder Personenforen, zu denen auch Vertreterinnen oder Vertreter der AfD eingeladen sind, teilnehmen. Dabei wird sie besonderes Augenmerk darauf legen, offensiv die auch auf die Kommunalpolitik durchschlagenden Differenzen in oben genannten Positionen deutlich zu machen.